

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin ...,

wir hoffen, diese Zeilen finden Sie in bester Verfassung und in anhaltendem Wohlbefinden. Wir schreiben Ihnen bezüglich der geplanten Milchproduktrecht-Anpassungsverordnung und möchten Ihnen unsere Sicht auf das Vorhaben mitteilen.

Dem Vernehmen nach hätte der Entwurf des Ministeriums eine weitere Einschränkung der Kennzeichnungs- und Bezeichnungsfreiheit für pflanzenbasierte Produkte zur Folge. Damit würde die Anpassungsverordnung das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel der Bundesregierung, attraktive pflanzliche Angebote zu stärken, ausdrücklich konterkarieren. Darüber hinaus haben wir starke europarechtliche Bedenken.

Wir befürchten, dass eine Neuregelung dazu führen könnte, dass pflanzliche Alternativprodukte bisherige Kennzeichnungen wie "Skyr Alternative", "NO Milk", "keine Milch" etc. künftig nicht mehr führen dürften, weil die Hinweise "No", "Alternative" oder "keine" im Zusammenhang mit Bezeichnungen für Kuhmilchprodukte stehen.

Ziel dieser Bezeichnungen ist es jedoch, auf leicht verständliche Weise die Geschmacks-, Anwendungs- und Rohstoffeigenschaften des Produktes hervorzuheben, sodass die Verbraucher*innen wissen, wie es verwendet wird. Dabei zeigen Studien, dass eine Verwechslungsgefahr mit tierischen Produkten nicht besteht. Ein de-facto-Verbot solcher Bezeichnungen würde also schlussendlich dazu führen, dass Verbraucher*innen schwieriger über die tatsächlichen Produkteigenschaften informiert werden können.

Die Kennzeichnung von Milchprodukten und ihren pflanzlichen Alternativen ist darüber hinaus bereits umfassend reguliert. Begriffe wie "Hafermilch" oder "vegane Käse" sind laut geltendem EU-Recht nicht möglich. Darüber hinausgehende Einschränkungen im nationalen Alleingang würden die bewusste Kaufentscheidung für Verbraucher*innen nur erschweren und zusätzliche Barrieren für pflanzenbasierte Ernährungsweisen aufbauen.

Folglich konterkariert die Anpassungsverordnung das im Koalitionsvertrag und der Ernährungsstrategie festgehaltene Ziel, pflanzliche Alternativen zu stärken. Gleichzeitig wäre auch das Erreichen der Nachhaltigkeits-, Gesundheits-, und Tierschutzziele erschwert, für die ein Wandel hin zu stärker pflanzenbetonten Ernährungsweisen essentiell ist. In den letzten Jahren ist der Sektor der pflanzenbasierten Alternativen kontinuierlich gewachsen und birgt großes Potential, zukunftsfähige Arbeitsplätze und innovative Unternehmensgründungen in Deutschland zu sichern. Eine Schwächung des Sektors durch die in der Anpassungsverordnung angelegte Verschärfung der Einschränkungen für pflanzliche Produkte würde dieses Potential verringern.

Auch vor dem Hintergrund der beim Stakeholder-Dialog zum Chancenprogramm Höfe und zur Proteinstrategie vorgetragenen Absichtsbekundungen ihres Hauses, pflanzliche Ernährungsweisen stärker fördern zu wollen, halten wir diesen Vorstoß für kontraproduktiv.

Wir bitten daher um eine Einschätzung Ihrerseits und würden uns über eine Einladung zu einem Gespräch sehr freuen. Vielen Dank im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrieben von:

[ProVeg International e. V.](#) ist eine weltweit tätige NGO, die sich für eine zukunftsfähige Ernährung mit weniger tierischen Produkten einsetzt. ProVeg hat u.a. UNFCCC und IPCC Beobachterstatus.

Das [Good Food Institute](#) ist ein weltweit tätiger Think Tank, der Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im Hinblick auf nachhaltige Alternativen zu Fleisch- und Milchprodukten berät.

Der [BALPro e. V.](#) vertritt die Interessen von deutschen Unternehmen, die nachhaltige Produkte auf Basis von Pflanzen, Zellkultivierung und Fermentation herstellen und vertreiben

Die [Berief Food GmbH](#) ist ein Familienunternehmen aus dem Münsterland, das seit 35 Jahren aus regionalen Rohstoffen in Bio-Qualität rein pflanzliche Produkte entwickelt und fertigt

Danone ist ein multinationales Lebensmittelunternehmen. In Deutschland ist die [Danone Deutschland GmbH](#) ein führender Anbieter von Milchprodukten und pflanzlichen Alternativen.